



Prof. Monika Grütters, MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestages

Erster Kultursalon der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Dialog: Politik mit Kultur und Kunst unter der Kuppel

Werkstattgespräch IV: „Kultur – nur noch für eine Elite?“

Zugang und Interesse an Kultur, Kunst und kultureller Bildung

Kultur - nur für Eliten? So die provokante Fragestellung nicht nur des Werkstattgespräches zur Kultur heute, sondern klammheimlich verdächtigen viele Bürger "die Kultur", letzten Endes doch nur eine bürgerliche Klientel zu beglücken, dem "Establishment" zur Unterhaltung zu dienen, oder sogar diejenigen auszuschließen, die sich teure Eintrittskarten in die Weltklasse-Konzerte hier nicht leisten können. Und nicht selten wird der ohnehin kleine Etat für Kultur im politischen Betrieb gegen Aufwendungen für Soziales aufgewogen oder gar ausgespielt.

Aber muss und kann die Kulturnation Deutschland sich nicht beides leisten? Und dient die enorme Vielfalt kultureller Angebote nicht doch einer breiten Bevölkerung zur Bildung, zur Unterhaltung, zur Werteorientierung? Wie ist das Verhältnis zwischen Kultur und Publikum wirklich? Was sind die Grundlagen unserer Kunst und Kultur, was die Möglichkeiten im Kulturbetrieb? Es geht um Grundsätzliches und um pragmatische Ansätze:

Deutschland war zuerst eine Kultur-, dann eine politische Nation. Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten, so eindrucksvoll und schützenswert unser Kulturerbe auch ist. Dazu gehört vor allem das Neue, die Avantgarde. Damit diese möglich wird, ist die Grundlage staatlicher Daseinsfürsorge für Kultur und Wissenschaft der Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." Dies aber können sie nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt, sie unabhängig macht von Zeitgeist und Geldgebern. Kunst und Kultur brauchen Freiraum, um sich entfalten zu können. Sie brauchen Inspiration, Anstöße, den öffentlichen Diskurs. Was sie nicht brauchen, sind autoritative Vorgaben.

Daher fördert und finanziert der deutsche Staat seine Kultur - zwar mit nur rund 1,8 Prozent aller öffentlichen Haushalte, bzw. mit ca. 8 Milliarden Euro jährlich, aber doch mit nachhaltiger Wirkung:

Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist nach wie vor das Land mit der höchsten Theaterdichte der Welt, und das gilt ebenso für die Museen, Orchester, Literaturhäuser, Archive, Bibliotheken, Festivals. Die staatliche Fürsorge für die Kultur, ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment auch immer das Risiko des Scheiterns in Kauf nimmt, dafür aber auch immer wieder weltweit beachtete Leistungen ermöglicht hat, dieses hartnäckige Engagement für die Künste hat entscheidenden Anteil am hohen Ansehen Deutschlands in der Welt. Eine sich derart entfaltende Kultur ist nicht das Ergebnis des Wirtschaftswachstums, sondern sie ist dessen Voraussetzung. Sie ist die Avantgarde, sie geht der gesellschaftlichen Wirk-

lichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Kultur ist nicht nur eine bedeutende Zukunftsressource, Kulturpolitik gewinnt an Gewicht, weil gesellschaftliche Prozesse und Konflikte in zunehmendem Maße kulturell grundiert sind. Das Bekenntnis zur Kultur ist so auch immer ein Bekenntnis zu den Wertgrundlagen einer Gesellschaft. Kulturelle Existenz ist keine "Ausstattung", die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vor-Leistung, die allen zugute kommt.

Kultur ist kein dekorativer Luxus, sondern ein menschliches Grundbedürfnis. Sie ist nicht nur ein Standortfaktor, sondern sie ist Ausdruck von Humanität. Gerade wegen ihres so grundsätzlichen Charakters und Anspruchs müssen Politik und die Verantwortlichen in den Kultureinrichtungen dafür Sorge tragen, dass deren Möglichkeiten und Angebote jedem Bürger offen stehen.

Vor allem im weiten Feld der Kultur und der Künste werden die geistigen Grundlagen gelegt für unser Miteinander, für die Werte, die uns wichtig sind, für unsere Identität. In einem demokratischen Staat ist das kulturelle Geschehen in besonderer Weise Ausdruck der freien Selbstbestimmung der Bürger. Klar bekennt sich die Union daher in ihrem Grundsatzprogramm zu einem allgemeinen und gleichberechtigten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger: **„Jeder muss sich frei entfalten können und am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.“**

Der Zugang zur Teilnahme am kulturellen, gesellschaftlichen Leben wird in erster Linie durch kulturelle Bildung geschaffen. Sie trägt entscheidend zur individuellen Persönlichkeitsentfaltung und Identitätsbildung bei und ist die Voraussetzung für die freie und erfolgreiche Entwicklung unserer Demokratie. Ein offener Zugang zu Kunst und Kultur ist daher das Recht eines jeden Heranwachsenden. Der Koalitionsvertrag weist die kulturelle Jugendbildung als Schlüsselqualifikation in der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen aus. Das CDU-Grundsatzprogramm unterstreicht die Bedeutung für die kulturelle Zukunft unseres Landes:

„Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kultur herangeführt werden. Nur so können in Zukunft Angebot und Nachfrage für künstlerische Berufe und Kultureinrichtungen nachwachsen. Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Für die CDU ist kulturelle Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und geförderten Bildungssystems.“

Kulturelle Bildung muss integraler Bestandteil unserer Bildungsplanung sein und darf nicht durch eine Konzentration auf kognitives Wissen vernachlässigt werden. Die PISA-Studie und das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Bildungsvergleich haben die Aufmerksamkeit zunächst auf den naturwissenschaftlichen Bereich gelenkt. In der kulturpolitischen Diskussion ist kulturelle Bildung mittlerweile jedoch eines der zentralen Themen. In der allgemeinen Öffentlichkeit scheint ihr Wert weitgehend anerkannt zu sein. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ stellt in ihrem Ende letzten Jahres vorgelegten Schlussbericht fest, dass auf keinem anderen Feld die Verantwortung des Staates, aber auch der Zivilgesellschaft und der Kultureinrichtungen größer ist.

Kulturelle Bildung darf aber nicht nur auf die musisch-ästhetische Bildung von Kindern und Jugendlichen reduziert werden. Die demographischen Veränderungen werden auch zu einer Neujustierung der Angebote von Kultur- und Bildungseinrichtungen zugunsten der anwachsenden älteren Generation führen müssen. Von zunehmender Relevanz ist auch die Frage kultureller Bildungsangebote für unsere ausländischen Mitbürger. Dementsprechend widmet der Kommissionsbericht diesen Bereichen jeweils ein eigenes Kapitel neben der Kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche.

Verantwortung für kulturelle Bildung trägt die gesamte Gesellschaft. Die Gemeinden, die Länder, auch der Bund, vor allem aber vielfältige private Initiativen, Vereine, Sponsoren sind gefragt, wenn wir den Zugang und das Interesse an Kultur nachhaltig verbessern wollen. Die

Politik sieht ihre Aufgabe darin, Angebote zu unterstützen, die die Hemmschwellen beim Zugang zu Kunst und Kultur überwinden helfen und das Interesse daran fördern. Auch nach der Föderalismusreform engagiert sich der Bund aus dieser Überzeugung finanziell in gemeinsamen Projekten mit den Ländern. Der größte Anteil von 7,1 Millionen kam 2007 aus dem Ressort für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Bundesministerin Ursula von der Leyen. Das Bildungs- und Forschungsministerium unter Bundesministerin Dr. Annette Schavan unterstützt vor allem Studien und Forschungsvorhaben in diesem Bereich. Das derzeit bekannteste Projekt zur Kulturellen Bildung, die Initiative "Jedem Kind ein Instrument" in Nordrhein/Westfalen, erhält im Rahmen des Programms der deutschen Kulturhauptstadt Europas insgesamt 10 Millionen Euro aus dem Etat des Kulturstaatsministers Bernd Neumann. Die Projektförderung durch den Bundeskulturhaushalt schließt neben der kulturellen auch Programme zur medialen Bildung mit ein.

Ebenso haben die kulturellen Einrichtungen einen Bildungsauftrag, weil Kunst und Kultur sich immer an Rezipienten richten, die erreicht, bewegt, bereichert werden wollen und sollen. Hier fallen zunächst die zahlreichen Bühnen ins Auge. Zum einen erhalten sie den größten Anteil öffentlicher Zuschüsse im Kulturbereich. Zum anderen ist die Theater- und Orchesterlandschaft in ihrer Dichte und Vielfalt weltweit nach wie vor einzigartig. 793 Spielstätten weist die Statistik des Deutschen Bühnenvereins für 2005/2006 aus. 132 Orchester finanziert die öffentliche Hand. Etliche dieser Häuser und Ensembles genießen Weltruf und prägen auch international das Bild der Kulturnation Deutschland. Knapp 21 Millionen Besucher kamen zu den insgesamt rund 55.000 Opern-, Ballett-, Operetten-, Musical-, Schauspiel-, Kinder- und Jugendtheatervorstellungen in der Spielzeit 2005/2006. Nicht weniger eindrucksvoll ist das Netz der Museen in unserem Land. Von knapp 6200 Museen in Deutschland meldeten 2006 insgesamt 4.747 Einrichtungen mehr als 102 Millionen Besucher an das Institut für Museumsforschung.

Was leisten vor allem die Theater-, Opern-, und Konzerthäuser im Bereich der Kulturellen Bildung, um das Interesse an dem von ihnen gepflegten kulturellen Erbe und ihren künstlerisch-kulturellen Entwicklungen zu erhalten und neu zu wecken? Wer besucht die Aufführungen? Ist sichergestellt, dass allen Bevölkerungsschichten und -gruppen die Teilhabe am Kunst- und Kulturerlebnis möglich ist? Oder richtet sich das Angebot tatsächlich nur noch an eine gesellschaftliche -, an eine Bildungs- an eine wohlhabende Elite? Und wie gehen Intendanten mit dem Dilemma um, einerseits ihre staatlich geförderten Freiheiten zu fortschrittlicher Kunst zu nutzen und andererseits ein breites Publikum anzusprechen?

Diese und weitere Fragen sollen im Rahmen des Ersten Kultursalons der CDU/CSU-Fraktion diskutiert werden. Als Podiumsgäste wurden dazu geladen:

Prof. Dr. Johanna Wanka	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (CDU)
Prof. Dr. Peter Mussbach	Intendant und Künstlerischer Leiter der Staatsoper Unter den Linden (Berlin),
Stephan Märki	Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters Weimar,
Michael Grosse	Generalintendant der Schleswig-Holsteinischen Landestheater / Sinfonieorchester GmbH
Silke Fischer	Direktorin des Deutschen Zentrums für Märchenkultur, Märchenland e.V..